

Entpolitisierte Wissenschaft — verwissenschaftlichte Politik

"Wenn heute mitunter behauptet wird, die Entwicklung der letzten rund fünfzig Jahre sei auch durch eine zunehmende Verwissenschaftlichung der Politik und durch eine fortschreitende Entpolitisierung der Wissenschaften gekennzeichnet gewesen, dann gibt es zunächst gute Gründe, die diese These anscheinend erhärten. Für unsere Arbeit mag der Hinweis auf den Begriff des „Sachzwangs“ genügen, der in diesem Zusammenhang häufig in die Diskussion gebracht wird. Mit „Sachzwang“ sei gemeint, daß es Situationen gibt, in denen kein alternatives Handeln mehr möglich ist. Der Politiker muß so, er kann nicht anders entscheiden, will er nicht einen Scherbenhaufen hinter sich zurücklassen. Für den Fall, daß er eine Rechtfertigung seines Tuns überhaupt noch nötig hat, mag er sich auf den Experten berufen, dessen Strategien und Techniken er sich bedient. Auf eine knappe und überspitzte Formel gebracht folgt daraus: Wir leben in einer außergewöhnlich rationalen Gesellschaft, deren Schicksal immer weniger abhängig ist von den Launen oder der Willkür eines oder mehrerer Herrschenden. Die sogenannte „Logik der Tatsachen“, nicht

mehr das konservative oder das liberale oder das sozialistische Programm bestimmt den Verlauf der Entwicklung.

Gegen diese Erfahrung spricht eine ganz andere, konträre. In der Tat läßt sich un schwer der Nachweis erbringen, daß der Einfluß des Geistes auf die Politik oft ver schwindend klein ist und daß die angeblich fortschreitende Verwissenschaftlichung der Politik den Mißbrauch wissenschaftlicher Ergebnisse im Dienst irgendeiner Macht nicht verhindert hat. Vergegenwärtigt man sich einige Begehren, die heute von oppositionellen Studenten geltend gemacht werden, dann manifestiert sich in ihnen gerade auch das Be dürfnis, die Abhängigkeit der Wissenschaft aus politischen und wirtschaftlichen Fesseln zu befreien.

Damit stehen sich zwei scheinbar unvereinbare Erfahrungen gegenüber. Entweder leben wir tatsächlich in einer außergewöhnlich rationalen Gesellschaft, die stärker, als dies früher der Fall war, auf die subjektive Zustimmung ihrer Glieder verzichten kann, weil sich sowohl der Konservative wie der Sozialist ihren unentrinnbaren Eigengesetz lichkeiten unterwerfen muß — dann handelt es sich bei der studentischen Opposition um das, als was sie von ihren Kritikern gerne apostrophiert wird: um einen irrationalen Romantizismus. Oder aber es wird — nach einem Wort von *Hermann Lübbe* — als „Sachzwang“ und als „Logik der Tatsachen“ nur getarnt, was in Wirklichkeit von der politischen Stellungnahme nicht dispensiert und folglich den Sachverstand des Experten transzendiert.

Wissenschaft unter Ideologieverdacht

Es liegt in der Konsequenz der hier angedeuteten Problematik, wenn kritische Studen ten in jüngster Zeit auch das überlieferte Verhältnis von theoretischem Erkennen und praktischem (politischem) Handeln radikal in Frage stellen. Die allzu bequeme Tranchie rung unserer Überzeugungen in wissenschaftliche und in politisch-ideologische, wie die positivistische und neopositivistische Wissenschaftstheorie sie vornimmt, wird heute selber wieder unter Ideologieverdacht gestellt. Dazu ein Beispiel: Auf der Tagung der „Paulus gesellschaft“ in Marienbad vor drei Jahren hatte der Münchener Neurologe *Matussek* mit einer unverhohlenen Anspielung auf Christen und Marxisten erklärt, „daß ideolo gische Persönlichkeiten der verschiedenen Glaubens- und Wertssysteme mehr struktureile Gemeinsamkeiten haben, als man aufgrund der divergierenden Inhalte der Ideologien zunächst anzunehmen geneigt ist“. Dieser These liegt die stillschweigend vorausgesetzte Überzeugung zugrunde, daß (wertfreie) Wissenschaft und (werthaltige) Ideologie ver bindlich gegeneinander abgegrenzt werden können. Mit der „ideologisch gelenkten Ge sellschaft“, die — wofür „die Geschichte der Kirche und des Kommunismus genügend Beispiele“ geliefert habe — auf „Macht und Gewalt nicht verzichten“ könne, konfrontierte *Matussek* die freie, schöpferische und autoritätsunabhängige Persönlichkeit in einer entideologisierten, im Einklang mit den Erkenntnissen der Wissenschaft stehenden Ge sellschaft.

Hätten die hier angedeutete Konstruktion und der ihr zugrunde gelegte Wissen schafts- beziehungsweise Ideologiebegriff nicht ihre offenkundigen Schwächen, wäre nicht einzusehen, warum Christen und Marxisten sich überhaupt noch zum Dialog stellen. Die Spannungen, die aus den divergierenden Inhalten ihrer Wert- und Glaubens systeme resultieren, wären irrelevant im Vergleich mit dem Konflikt, der das Menschen bild von Christen und Marxisten auf der einen und das der Wissenschaftler und Tech niker auf der anderen Seite trennt. Wenn in dieser Auffassung auch ein Körnchen

Wahrheit liegt, so hat doch, wie gesagt, die Konstruktion zu viele Schwächen und hält einer unvoreingenommenen Analyse nicht stand.

Fragwürdige Arbeitsteilung

Wir sind ausgegangen vom Begriffspaar einer „verwissenschaftlichten Politik“ und einer „entpolitisierten Wissenschaft“. Daß wir uns dabei in Sackgassen verrannt, war unvermeidlich, weil wir Begriffe dichotomisch trennten, die einander in Wirklichkeit funktional zugeordnet sind. Spätestens seit *Max Weber* gilt es als selbstverständlich, Wissenschaft und Politik sauber auseinanderzuhalten. Man unterscheidet den Erkennenden und den Handelnden und vernachlässigt mit Vorliebe den aus Erkenntnis Handelnden. Angelegt ist diese Trennung freilich schon in der Philosophie des transzendentalen Idealismus, in der „Sein“ und „Sollen“ einen unverträglichen Gegensatz bilden. Danach kann mir keine Erkenntnis dessen, „was ist“ — oder „was der Fall ist“ — sagen, was ich in einer bestimmten Situation „tun soll“. Alles Handeln — sei dieses nun moralischer oder politischer Natur — ist an Werten und Zielen orientiert, die das Erkennen transzendieren und folglich keinen Anspruch auf „objektive Verbindlichkeit“ mehr stellen können. Weil Werte und Zielsetzungen ihren Ursprung in subjektiven Bedürfnissen und Interessen haben, soll die wissenschaftliche Erkenntnis von solchen Implikationen gereinigt und damit neutralisiert werden¹).

In Übereinstimmung mit diesem hier nur grob skizzierten Programm wird von Weber und den in seiner Tradition stehenden Vertretern auch eine Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Politik vorgestellt. Der Wissenschaftler soll die verfügbaren Mittel erarbeiten, deren der Politiker für die Verwirklichung der von ihm gesetzten Ziele bedarf. Diese Bestimmung kann ergänzt werden mit der Überlegung, daß wissenschaftliches Erkennen Tatsachen je schon voraussetzt, während im politischen Handeln neue Tatsachen erst geschaffen werden.

Die hier angedeutete Lösung wäre vielleicht dann sauber, wenn sie durchführbar wäre. Sie ist es jedoch, von Ausnahmen abgesehen, nur bedingt. Wenn ich von Ausnahmen spreche, meine ich folgendes. Prinzipiell denkbar ist, daß eine bestimmte („neutrale“) Theorie von zwei verschiedenen Politikern verschieden „angewendet“ wird. Nehmen wir an, ein sozialwissenschaftliches Institut arbeite an einer Revolutionstheorie, dann kann — wie *H. J. Hofmann-Novotny* vom Soziologischen Institut Zürich unlängst darlegte — diese Theorie an die „herrschende Klasse“ ausgehändigt werden, die mit ihr die Revolution zu verhindern versucht. Sie kann aber auch an potentielle Revolutionäre weitergegeben werden. In beiden Fällen ist anscheinend wissenschaftlich nicht mehr begründbar, wieso ich mich für diese oder jene „Anwendung“ entschieden habe.

Sehen wir einmal davon ab, daß gerade dieses Beispiel ein höchst abstraktes ist. Denn meine Option für oder gegen die Revolution liegt so wenig ausschließlich in meinem subjektiven Belieben wie mein Verhältnis zur Demokratie oder zur Diktatur. Wo die „objektiven Bedingungen“ zur Revolution fehlen, kann ich im Besitz einer noch so ausgeklügelten Revolutionstheorie sein; der Wunsch, sie in die Praxis umzusetzen, bleibt in diesem Fall pure Quichotterie. Wenn in den gegenwärtig geführten Kontroversen gerade dieser Aspekt häufig übersehen wird, hat man den Eindruck, als hätten *Hegel* und *Marx* umsonst gelebt.

1) Hans Albert, der nicht ganz unbegründet sagt, diese Richtung des Denkens werde etwas pauschal unter „Positivismus“ rubriziert, nun aber seinerseits nicht weniger pauschal für alles, was von seinem szientifischen Selbstverständnis abweicht, den pejorativen Begriff „deutsche Ideologie“ verwendet, sieht die Fragwürdigkeit solcher Neutralisierungstendenzen ein. Angesichts von Alberts neurotischem Verhältnis zur Hegel-Marx'schen Tradition bleibt diese Einsicht aber ohne konkrete Folgen.

Was ich mit dem Beispiel zeigen wollte, ist nun aber lediglich, daß es für das Handeln einen Spielraum gibt, in dem das subjektive Ermessen unter Umständen von der objektiven Erkenntnis nicht eingeholt wird. Das ist aber noch kein triftiger Einwand gegen die These, daß zwischen Reflexion und Aktion, beziehungsweise zwischen „Sein“ und „Sollen“ ein letztlich unauflöslicher Zusammenhang besteht. Nicht nur, daß es diesen Zusammenhang gibt, sondern wie dieser sinnvoll gedacht werden müßte, soll im folgenden näher erörtert werden. Ich tue dies anhand der im Zusammenhang mit den studentischen Unruhen aktuell gewordenen These, wonach auch die unpolitische, das heißt von subjektiven, auf ein Handeln bezogenen Interessen und Wertungen gereinigten Wissenschaft politische Konsequenzen hat.

Der logische Aspekt des Problems

Die überlieferte Antinomie von „objektivem Erkennen“ und „subjektivem Handeln“ gründet auch in der Voraussetzung, daß es — mit *Karl Mannheim* zu sprechen — eine „sozial freischwebende“, das heißt von gesellschaftlichen Interessen unabhängige Intelligenz gibt. In dem Aufsatz „Der Intellektuelle und die Politik“ leugnet *Ernst Bloch* die Möglichkeit einer solchen wertindifferenten — neutralen — Haltung kategorisch und behauptet, der Begriff treffe nur „auf gesinnungslose Journalisten zu oder auf Betrachter, die sich für nichts entscheiden, also unter der Hand bei ihrer Klasse geblieben sind“.²⁾ Das würde heißen, daß Unparteilichkeit schlechthin unmöglich ist. Dieser etwas pointierten These liegt weiter nichts als eine einfache logische Operation zugrunde. Auch in dem Verzicht, Stellung zu nehmen, ist ein „Handeln“ — eine Parteinahme — mitenthalten. Anders formuliert: Wer sich mit der scheinbar neutralen Analyse beliebiger Tatsachen begnügt und sich einer moralischen oder politischen Stellungnahme enthält, bekundet damit auf indirekte Weise sein Einverständnis mit dem Bestehenden. Folglich setzt eine in ihrem Selbstverständnis unpolitische und unparteiische Wissenschaft sich stets der Gefahr aus, sich — möglicherweise ungewollt — mit konservativen oder gar reaktionären Interessen zu verbünden.

Diese logisch geführte Argumentation hat ihre Mängel. Das Argument, auch die geforderte Enthaltensamkeit des Wissenschaftlers von normativen, auf Praxis bezogenen Urteilen habe selber wieder normativen Charakter, ist zwar grundsätzlich richtig. Es unterschlägt aber die Differenz zwischen der Negation und der Affirmation eines Prinzips, die beide einen verschiedenen Stellenwert haben im System. Die Argumentation soll daher erweitert werden um zwei weitere Aspekte.

Der psychologische Aspekt des Problems

Wir hörten weiter oben, die Entpolrtisierung der Wissenschaft gehe auch von der Prämisse aus, Werte und Zielsetzungen, an denen das Handeln sich orientiert, hätten ihren Ursprung in subjektiven Bedürfnissen und Interessen. Abgesehen davon, daß die Begriffe „subjektives Bedürfnis“ und „Interesse“ häufig in einem unreflektierten, alltäglichen Verständnis verwendet werden, ist diese Argumentation eher psychologisch als erkenntniskritisch motiviert. Sie sieht in der inhaltlichen Mannigfaltigkeit menschlichen Agierens und Reagierens nur eine Antwort auf die ebenfalls mannigfaltigen subjektiven — oder präziser: individuell verschiedenen — vitalen Strebungen. Dieser Auffassung stimmt heute freilich auch eine kritische, auf dem Stand der aktuellen Forschung befindliche Psychologie nicht mehr vorbehaltlos zu. So notiert beispielsweise *Philipp Lersch*, Handlungen seien „nicht nur bestimmt durch die Thematik der Strebungen, die in einem

1) In: "Widerstand und Friede, edition suhrkamp. S. 46.

Menschen wirksam sind im Rhythmus von Bedürfnis und Erfüllung, sondern auch durch die jeweils gegebene *Situation*, in der sich der Mensch befindet".³⁾

Es würde den Rahmen unseres Aufsatzes sprengen, diese These hier im einzelnen zu begründen. Die These besagt im wesentlichen, daß alles zweckhafte Tun immer auch eine objektive Komponente hat. Oder mit den Worten Lerschs gesprochen: In der Art und Weise, in der ein Objektiv-Gegenständliches erfaßt wird, liegt schon der „Vorentwurf (eines) möglichen Handelns".⁴⁾ Daraus folgt, daß Wahrnehmungen ganz allgemein und Erkenntnisse insbesondere der Möglichkeit nach aus sich selber heraus praktisches Handeln entbinden. Daher ist es ein Irrtum, zu glauben, erst die „Anwendung" einer Theorie involviere eine Begegnung von Wissenschaft und Politik.

Aufgabe einer kritischen Theorie, die sich nicht darauf beschränkt, unter vorgegebenen, aber nicht in die wissenschaftliche Reflexion miteinbezogenen Werten und Normen ein Gegebenes zu reproduzieren, hätte folglich im je konkreten Fall zu untersuchen, mit welchen objektiven Gegebenheiten welche subjektiven Bedürfnisse und Interessen korrespondieren. Zur Illustration ein Beispiel: Gewiß ist es auch eine Frage meines subjektiven Temperaments und meiner individuellen Veranlagung, ob ich mich einer objektiv registrierbaren Beschränkung meiner Freiheit widersetze oder ob ich mich unterwerfe. Darüber hinaus kann aber meine „subjektive Reaktion" von einer Reihe mir nicht bewußter „objektiver Faktoren" mitbedingt sein, etwa — um nur einen Faktor zu nennen — von den institutionalisierten Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen, die, weil deren Zwänge von mir verinnerlicht worden sind, mich in dem Entschluß zu unterwerfen, bestärken.

Der erkenntnistheoretische Aspekt

Der entscheidende Einwand gegen eine fragwürdige Neutralisierung der Wissenschaft ist indessen erkenntnistheoretischer Natur. Dem positivistischen und neopositivistischen Wissenschaftsideal liegt die zumeist unreflektierte Prämisse zugrunde, als könnte das erkennende Subjekt — wenn es sich nur selber „auslöscht", indem es von seinen Wünschen, Hoffnungen und Interessen abstrahiert — die „gegebenen Tatsachen" in ihrer ursprünglichen Reinheit abbilden. Der unmittelbar gegebene, angeblich noch durch keine Begriffe oder Theorien „deformierte" Erkenntnisgegenstand gilt, wird hier zur Grundlage des Erkennens erhoben. Solche Unmittelbarkeit im Sinne einer begrifflich noch unverarbeiteten reinen Wahrnehmung ist eine Fiktion. Denn abgesehen davon, daß der Begriff des unmittelbar Gegebenen (des „Tatsächlichen") immer schon Ergebnis einer gedanklichen Operation — also ein Vermitteltes — ist, sind sowohl die Wahl des Erkenntnisgegenstandes wie auch die wissenschaftliche Problemstellung stets mitbestimmt durch das Potential an faktischem „Hintergrundwissen", durch Interessen, Neigungen und Bedürfnisse im weitesten Sinn des Wortes. Dieses, wenn man so will, subjektive Moment, das aus dem wissenschaftlichen Tun nicht eliminiert, sondern bestenfalls in die Selbstreflexion miteinbezogen werden kann, sehen sowohl *Popper* wie *Dahrendorf* — um nur zwei Exponenten werturteilsfreier Sozialwissenschaft zu nennen —, ohne daß aber von ihnen die Konsequenzen daraus gezogen würden. Denn die Konsequenzen ziehen hieße: ein Bewußtsein davon haben, daß in alles Erkennen im Sinne der positiven Wissenschaften Vor-Urteile und werthaltige, auf ein Handeln bezogene oder ein Handeln beeinflussende Vorstellungen fließen. Eine Lösung dieser Problematik kann folglich nicht darin gesehen werden, daß man die Wirklichkeit tranchiert in eine wissenschaftlich-rationale und in eine außerwissenschaftlich-irrationale Hälfte. Konsequenterweise dürfte auch nicht mehr län-

3) Philipp Lersch: *Aufbau der Person*. München 1964. S. 465.

4) Ebd., S. 464.

ger in der „Entpolitisierung“ der Wissenschaft, sondern in der kritischen Reflexion auf die stets möglichen politischen Implikationen der Wissenschaft das Ideal gesehen werden.

Ein Beitrag zur Überwindung der Entfremdung

Damit stehen wir wieder bei dem in letzter Zeit immer häufiger postulierten neuen Wissenschaftsbegriff, der, indem er die Dichotomie von theoretischem Erkennen und praktischem Handeln zu überwinden versucht, verwandt ist mit Ernst Blochs Begriff der „konkreten Utopie“. ⁵⁾

Kein Zufall ist, wenn in diesem Zusammenhang auch eine vermehrte Autonomie der Hochschule gefordert wird. In der Autonomie darf in diesem Fall kein Selbstzweck gesehen werden. Dem Postulat liegt gerade nicht die Absicht zugrunde, der Wissenschaft jenseits aller praktisch-politischen Erfordernisse ein Dasein im sprichwörtlichen Elfenbeinturm zu sichern, sondern im Gegenteil der Gedanke, daß nur die kritische Distanz zu den an den Wissenschaftler herangetragenen Interessen und Forderungen die erstrebte Unabhängigkeit des Urteils garantieren kann. Das scheint eine Selbstverständlichkeit, ist es aber nicht, solange an der Konzeption festgehalten wird, wonach Wissenschaft sich damit begnügen muß, die „rationalen“ und „wertindifferenten“ Mittel zu den vom Praktiker aufgestellten „werthaltigen“ — und letztlich als „irrational“ taxierten — Zwecken zu erarbeiten. Diese Konzeption hat u. a. zur Folge gehabt, daß Wissenschaftler immun geworden sind gegenüber sachfremden, außerwissenschaftlichen Forderungen und Kriterien. Mit anderen Worten: Die Dispensierung der Wissenschaft von der wertenden Stellungnahme hat diese auch gefügig gemacht gegenüber Mächten, von denen sie sich äußerstenfalls als Opfer und Dienerin zweifelhafter Zielsetzungen mißbrauchen läßt. ⁸⁾

Der Einwand, die Politisierung des Denkens führe ebensowenig zur Korrektur solchen möglichen Mißbrauchs, wäre zu billig und erst noch verfehlt, haben unsere Darlegungen doch gezeigt, daß die Frage „Politisierung der Wissenschaft oder Verwissenschaftlichung der Politik?“ falsch, beziehungsweise undialektisch gestellt ist. Weil politische Praxis sowohl Ziel wie Gegenstand theoretischen Nachdenkens sein kann, die beiden Momente sich aber nur bedingt trennen lassen, lebt auch der Wissenschaftler in der ständigen Spannung von Distanz und Engagement. Ironischerweise kann die einseitige Parteinahme für die eine oder die andere Seite die gleichen Folgen haben: Den Verlust der Kontrolle über die Gesellschaft.

Dieser Verlust wiederum ist aufschlußreiches Indiz für die gegenwärtige Entfremdung, die von Hegel in grandioser Weise antizipiert worden ist als Entleerung der Welt von aller Subjektivität und als Rückzug des Subjekts in eine irrealen, anschlusse Innerlichkeit. Ein Beitrag zu ihrer Überwindung kann folglich auch in einem neuen Selbstverständnis des Wissenschaftlers liegen, der sich nicht länger mehr weigert, die von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an ihn herangetragenen Bedürfnisse und Interessen und die daraus resultierenden Normen in seine Reflexion miteinzubeziehen.

- 5) Man hat eingewendet, die „konkrete Utopie“ habe Bloch nicht davor geschützt, den Messias mit dem Henker zu verwechseln. In diesem Einwand wird angespielt auf Blochs Option für Stalin. Ich halte diesen Einwand deshalb für nur bedingt stichhaltig, weil in Blochs „stalinistischer Phase“ die psychologische Komponente — sein bekenntnishafter Eifer — wahrscheinlich stärker ins Gewicht fällt als das theoretische Argument.
- 6) Den Zusammenhang zwischen einer positivistisch verengten Ratio und einem heillosen politischen Irrationalismus haben u. a. Herbert Marcuse in „Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers“ (ed. suhrkamp 135) und Karel Kosik in „Dialektik des Konkreten“ besonders überzeugend herausgearbeitet.